

Wahlprüfsteine Schulpolitik – Fragen des GEB

Sanierung der Schulgebäude

Wir haben in Karlsruhe viele Schulen, deren Kapazitäten für die Schülerzahlen nicht ausreichen. Wir haben Schulen, die seit über 10 Jahren ein Sanierungsfall sind. Angefangen bei Sanitarräumen bis zum undichten Dach. Der Neubau der Anne-Frank-GMS beispielsweise ist seit mehr als 10 Jahren beschlossen, doch noch immer nicht in der Umsetzung. Ab 2026 haben Eltern ein Recht auf Ganztagsbetreuung ihrer Kinder an der Grundschule. In der Regel haben die Schulen noch gar keine geeigneten Aufenthaltsbereiche oder Mensen. Die meisten Altbauten sind in einem energetisch miserablen Zustand. Statt Container aufzustellen gab es Planungen für den Bau einer Interims-Schule. Jetzt soll diese ebenfalls nicht gebaut werden. Wird diese Schule in der Nordstadt jetzt mit Verzögerung gebaut, oder sollen doch Containerlösungen gefunden werden? Wie wollen Sie diesem Sanierungsstau begegnen? Ist ein Sondervermögen geplant?

Um gerechte Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen in unserer Stadt zu sichern, brauchen wir zukunftsfähige, bedarfsgerecht ausgebaute und klimaangepasste Schulgebäude. Dafür setzen wir Grüne uns ein.

Die Hauptursache für den großen Sanierungsstau bei unseren Schulgebäuden liegt bei personellen Engpässen in der Verwaltung. Das geplante Interimsprojekt „Zukunft Schule“ kann unter diesen Umständen nicht realisiert werden, da es bei den sehr langwierigen Schulsanierungs-Projekten nicht die erhoffte Entlastungswirkung erzielen oder die dringend nötigen Sanierungen sogar selbst weiter verzögern würde. An dieser Stelle müssen wir weiterhin auf gut ausgestattete Container-Lösungen setzen. Zusätzliches Personal im Bereich der Planung wurde im Rahmen des letzten Doppelhaushaltes bereits eingestellt. Als Grüne setzen wir uns darüber hinaus für einen weiteren Personalzuwachs ein.

Der Sanierungsstau ist zudem aus finanziellen Gründen entstanden, z.B durch Großprojekte wie der Kombilösung oder dem neuen Stadion, die den Haushalt stark belasten. Ein Sondervermögen ist rechtlich auf Gemeindeebene nicht vorgesehen. Dennoch dürfen wir einen anhaltenden Sanierungsstau bei städtischen Infrastrukturen, vor allem bei Gebäuden wie Schulen, nicht zulassen, weil wir dann die finanziellen Belastungen der nächsten Generation aufbürden. Im Sinne einer generationengerechten Haushaltspolitik sind wir als Grüne daher bereit, im Rahmen der vom Regierungspräsidium festgesetzten Investitionsgrenzen für wichtige Zukunftsaufgaben wie Klimaschutz oder der Sicherung der städtischen baulichen Infrastrukturen neue Schulden zu aufnehmen. Die Stadt Karlsruhe wird die notwendigen Investitionen für den Erhalt und die Klimaneutralität ihrer Gebäude ohnehin nicht allein stemmen können. Für diese Pflichtaufgaben sind zusätzliche Bundes- und Landesprogramme zur Kofinanzierung dringend erforderlich. Dafür setzen wir uns auf Landes- und Bundesebene ein.

Fahrradständer

Vor den Schulen, längs der Zäune, überall stehen Fahrräder kreuz und quer. Wir halten es für begrüßenswert, wenn Schulkinder den Weg zur Schule mit dem Fahrrad fahren (und sich nicht etwa mit dem Auto bringen lassen). Es braucht dringend zusätzliche Fahrradständer an fast allen Schulen. Ist da etwas von Ihrer Seite geplant?

Wir Grüne wollen den Anteil der Schüler*innen, die ihren Schulweg zu Fuß oder mit dem Rad zurücklegen deutlich erhöhen. Auf dem täglichen Weg zur Schule können Kinder und Jugendliche lernen, wie sie selbstständig, selbstbewusst und sicher am Verkehr teilnehmen, wenn sie diesen Weg

aktiv mit dem Rad oder zu Fuß zurücklegen können. Außerdem fördert die tägliche Bewegung eine gesunde körperliche und geistige Entwicklung der jungen Menschen. Auf unsere Initiativen hin wurden bereits viele Verbesserungen für das Abstellen von Fahrrädern erreicht. Doch weiterhin sind die Bedingungen an vielen Schulen in der Stadt unbefriedigend.

Bei der Planung neuer Abstellanlagen für Fahrräder setzen wir uns für einen Strategiewechsel bei der Stadtverwaltung ein, um unter anderem Schulen künftig einen Vorrang einzuräumen. Wir möchten Schüler*innen, Lehrer*innen und Eltern ermutigen, den Bedarf an ihrer Schule vor Ort an die Verwaltung zu adressieren. Wenn daraus keine Verbesserung erfolgt, unterstützen wir diese Anliegen sehr gerne auf dem politischen Wege, um eine schnelle und pragmatische Umsetzung zu erreichen.

Uns Grünen ist es wichtig, dass neue Fahrradabstellplätze sollten nicht auf Kosten der Schulhofflächen gehen und einen hohen Qualitäts- und Sicherheitsstandard haben. Wir Grüne wollen daher erreichen, dass im Falle fehlender Flächen stattdessen bestehende Parkplätze für PKW für Fahrradständer umgewidmet werden, um so vor Schulen ein größeres Angebot zu schaffen. Dies hat die Verwaltung in der Vergangenheit bereits an einigen Schulen in dieser Form umgesetzt.

Wie würden Sie den Rechtsanspruch auf GT-Betreuung in der GS ab 2026 gerne umsetzen? Eltern wünschen sich eine flexible Nachmittagsbetreuung, daher auch die derzeitige große Nachfrage nach Hortplätzen. Noch gibt es keine konkreten Zusagen, wie der Rechtsanspruch mit SkiBB umgesetzt wird. Doch schon heute muss klar sein, dass es ohne zusätzliche finanzielle Mittel nicht möglich sein wird, dieses Recht auf Ganztagsbetreuung für alle Eltern, die dies wünschen, zu ermöglichen. Wo setzen Sie hier die Prioritäten? Welchen Betreuungsschlüssel halten Sie für die Nachmittagsbetreuung für sinnvoll?

Die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung an Grundschulen stellt die wohl größte bildungspolitische Herausforderung der letzten Jahrzehnte dar. Die Planungen der Stadtverwaltung in Bezug auf das pädagogische Konzept, die räumliche Konzeption sowie die konkreten personellen und finanziellen Auswirkungen sind bislang noch wenig aussagekräftig und sollen erst im Juli 2024 konkretisiert werden. Vorgaben des Landes zur Umsetzung und ein klarer Qualitätsrahmen stehen bisher aus. Weitere Diskussionen, etwa zu einem konkreten Betreuungsschlüssel, werden sich auf Grundlage dieser notwendigen Richtlinien ergeben. Schon jetzt steht jedoch für alle Beteiligten fest, dass die größte Hürde bei der Umsetzung des Rechtsanspruches das Fehlen pädagogischer Fachkräfte sein wird. Wir Grüne sehen neben den großen Herausforderungen z.B. bei der Qualifizierung von nicht-pädagogischem Personal eine Chance, die vielfältige freie Trägerlandschaft (z.B. das AWO-Jugendwerk, den stja, die Kirchen oder Sportvereine) näher an die Schulen heranzurücken.

Die größte Herausforderung wird bei den Ganztagschulen liegen, an denen aktuell Horte bestehen. Der Hort in seiner Ausgestaltung als Jugendhilfeeinrichtung soll auf seine ursprüngliche Aufgabenstellung zurückgeführt werden und nur für Kinder mit einem besonderen Förderbedarf zur Verfügung stehen. Als Alternative zum Hort soll die modulare Nachmittagsbetreuung nach dem Modell der Viktor-von-Scheffel-Grundschule an allen anderen Grundschulen bei Bedarf eingeführt werden. Bei diesem notwendigen Umbau zu einem Zwei-Säulen-Modell hat Karlsruhe im Vergleich zu anderen Großstädten in Baden-Württemberg großen Aufholbedarf. Als Grüne wollen wir hierbei einen Schwerpunkt legen, indem bei den konkreten Übergangsplanungen das Hortpersonal und die Eltern möglichst frühzeitig und weitgehend eingebunden werden.

Eine weitere enorme Herausforderung liegt im Bereich der räumlichen Ausstattung. Wir wollen einen weiteren Schwerpunkt darauf legen, frühzeitig mögliche Hotspots in der Grundschullandschaft zu identifizieren, bei denen zusätzliche Maßnahmen (z.B. durch Kooperationen mit anderen Schulen oder

übergangsweise Containerlösungen) erforderlich werden, um rechtzeitig gegensteuern zu können. Dies ist dringend notwendig, um für Akzeptanz bei Eltern und Fachkräften zu sorgen.

Mensaessen

Wie stehen Sie zu einem Eigenbetrieb im Bereich der Essensversorgung für die Schulen?

Als Grüne fordern wir setzen wir uns seit langem für eine gesunde, nachhaltige und weitgehend vegetarische Essensversorgung an Schulen ein. So konnten wir bereits erfolgreich einen wachsenden Anteil von Bioprodukten, eine verbindliche Orientierung an den Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) sowie die Einhaltung zusätzlicher Nachhaltigkeitskriterien erreichen.

Eine regionale und saisonale Versorgung sowie eine verlässliche Qualitätssicherung kann bei den aktuell üblichen EU-weiten Ausschreibungen mit großen Losen nicht gewährleistet werden. Um dies künftig zu erreichen, braucht es einen grundsätzlichen Strategiewechsel bei der schulischen Essensversorgung. Allgemein setzen wir Grüne uns für eine kommunale Ernährungsstrategie ein, die das Ziel hat, allen Menschen in unserer Stadt eine gesunde und nachhaltige Ernährung zu ermöglichen. Im Rahmen dieser Strategie wollen wir die Schulverpflegung ganzheitlich betrachten und unter Einbeziehung der Schulgemeinschaften sowie der Stadtgesellschaft grundsätzlich neu aufstellen. Eine Umstrukturierung zur Eigenbewirtschaftung bzw. zu einem Eigenbetrieb kann dabei ein mögliches Ergebnis sein. Wir möchten einen solchen Eigenbetrieb allerdings zusammendenken mit der Essensversorgung der städtischen Angestellten, um größtmögliche Synergieeffekte erzielen zu können.

Hitzeplan für Schulgebäude

Schon jetzt spüren wir die Auswirkungen des Klimawandels und damit einhergehend die Erhöhung der Durchschnittstemperaturen. Als unsere Schulgebäude erbaut wurden, waren ein paar heiße Tage im Juli die Ausnahme, an denen es dann Hitzefrei gab. Die Dauer von solchen Hitzewellen wird länger und beginnt schon deutlich früher im Jahr. Der Arbeitsschutz sieht eine Gradzahl von 26 °C als Grenze der Produktivität. Schüler:innen sitzen bei 30°C und mehr im Klassenzimmer und sollen da lernen oder gar Klausuren schreiben? Sicherlich werden bei Neubauten heutzutage Beschattungen und Lüftungssysteme von den Architekten mitgedacht, aber was passiert mit dem ganzen Bestand? Werden Sie prüfen in wie weit Lüftungssysteme bzw. Klimaanlage eingebaut werden können? Und dass diese Klimaanlage dann unbedingt mit Hepa-Filtern ausgestattet sein sollten? Wir denken dabei an die Vorbeugung gegen Feinstaubbelastung, Allergenen oder Krankheitserregern. Wie könnte Ihrer Meinung nach ein Hitzeplan für Schulgebäude aussehen? Welche Temperaturen sind als maximal zumutbar zu sehen und welche Maßnahmen könnten ergriffen werden?

Wir Grüne haben uns bereits in dieser Ratsperiode für eine umfassende Klimaanpassungsstrategie sowie für einen Hitzeaktionsplan eingesetzt, der u. a. auch berücksichtigt, wie vulnerable Gruppen besonders geschützt werden können. Bereits heute können städtische Ämter Mittel aus dem Klimaschutzfonds auch für Klimaanpassungsmaßnahmen beantragen, um zum Beispiel an Schulen gezielt Verbesserungen zu bewirken. Künftig wollen wir die Einrichtung eines eigenen Budgets für Klimaanpassungsmaßnahmen erreichen.

Zur grundsätzlichen Verbesserung der Situation an den Schulen setzen wir uns dafür ein, dass bei der Sanierung von Schulgebäuden Klimaanpassungsmaßnahmen immer berücksichtigt und wirksam umgesetzt werden. Zur Bestimmung und Planung effizienter und effektiver Maßnahmen für die einzelnen Gebäude soll ein Konzept mit Priorisierung auf Grundlage der Weißbücher der Schulen erstellt werden. Wichtig ist uns, dass an geeigneten Gebäuden Lüftungssysteme nachgerüstet werden, die eine möglichst gute Begrenzung der Temperaturen im Sommer gewährleisten.

Über die grundsätzlichen Maßnahmen hinaus sollen gezielt auch schnell wirksame Maßnahmen realisiert werden. So wollen wir prüfen lassen, ob und wie kühle Räume an besonders belasteten Schulen zeitnah eingerichtet werden können. Weiter soll Fassadenbegrünung als wirkungsvolle Maßnahme an geeigneten Gebäuden schnell umgesetzt werden. Wir wollen alle Schulen mit Trinkwasserspendern ausstatten und erreichen, dass auf den Schulhöfen für ausreichend Schatten gesorgt wird. Organisatorische Maßnahmen wie z.B. zusätzliches Lüften in den frühen Morgenstunden, um die Temperaturen in den besonders wärmebelasteten Räumen abzusenken, sollen so weit wie möglich umgesetzt werden.

Schulentwicklung

Die Zahl der Kinder in den Kitas steigt und in ein paar Jahren werden diese Kinder in die Schule gehen. Sind weitere Schulen in Karlsruhe geplant? Wir denken da an Stadtteile wie Knielingen, wo es derzeit keine weiterführende Schule gibt. Sehen Sie die Möglichkeit in Knielingen eine weitere Realschule einzurichten? Oder wo sehen Sie besonderen Bedarf, weitere Schulen neu einzurichten und in welcher Schulform? Ab Schuljahr 25/26 plant das Kultusministerium die Wiedereinführung von G9. Gibt es dazu von Ihrer Seite schon konkrete Überlegungen, wie dies in Karlsruhe umgesetzt werden soll? Wir verweisen hier insbesondere auf gestiegenen Raumbedarf.

Mit dem städtischen Weißbuch Schulen wurden der Zustand und die bestehende Gebäudesubstanz der Schulen sowie die prognostizierte Raumsituation im Schuljahr 2035/36 bereits in vorbildlicher Weise erhoben. Auf dieser Grundlage müssen die erforderlichen Ausbau-, Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen geplant und in einer priorisierten Zeitschiene umgesetzt werden. Die zusätzlichen Bedarfe z.B. durch die Wiedereinführung von G9 sind in dieser Erhebung allerdings bislang nicht berücksichtigt.

Das Konzept der Landesregierung zur Umsetzung der Wiedereinführung des G9 ist bisher noch nicht beschlossen und daher wenig detailreich. Von dessen konkreter Ausgestaltung werden die künftigen Raumbedarfe in Karlsruhe abhängen. Es steht aber fest, dass es einen Mehrbedarf geben wird. Bei der Schulentwicklung der Schularten der „zweiten Säule“ ist es wichtig, die Anmeldezahlen zugrunde zu legen. Während diese an den Realschulen stagnieren, bzw. an einigen davon rückläufig sind, steigen sie an den Gemeinschaftsschulen deutlich an.

Wir setzen uns dafür ein, dass bei der Raumbedarfsanalyse für die Gymnasien vor allem geprüft wird, wo noch Möglichkeiten zur Erweiterung im Bestand bestehen. In einer Anfrage haben wir die Stadtverwaltung bereits beauftragt, den künftigen Schulraumbedarf in Karlsruhe verlässlicher zu erheben. Analog zum Land soll geprüft werden, wie die Kooperationen der weiterführenden Schularten u.a. bei der Raumnutzung untereinander verbessert und gestärkt werden können. Falls sich der aktuelle Trend zur Gemeinschaftsschule hin stabilisiert, muss zudem geprüft werden, ob eine weitere Gemeinschaftsschule eingerichtet oder eine Realschule in eine Gemeinschaftsschule umgewandelt werden kann. Bereits jetzt zeichnet sich der finanzielle Bedarf für die notwendigen Schulbaumaßnahmen im Rahmen der Umsetzung von G9 ab. Das Land als verantwortliche Ebene für diese Reform steht daher in der Pflicht, für eine entsprechende Finanzierung Sorge zu tragen.

Lehrkräftemangel

Welche Konzepte sehen Sie vor, in Zukunft dem Lehrkräftemangel vorzubeugen? Derzeit ist es so, dass langfristig Erkrankte oder schwangere Lehrerinnen mit Berufsverbot nicht vertreten werden können, weil die Stellen nicht neu besetzt werden können. In der Praxis bedeutet das, selbst wenn die Lehrkräfteversorgung an der Schule bei 100% liegt, so fällt doch dauernd Unterricht aus. Welche

Lösungsmöglichkeiten sehen Sie als Kommune? Zusätzlicher Einsatz von Betreuungspersonen, um die verlässliche Grundschule zu sichern?

Eine ausreichende Lehrkräfteversorgung zur Umsetzung der Bildungspläne ist die originäre Aufgabe des Landes. Als Kommune sind wir für die verlässliche Grundschule von 7 Uhr bis 14 Uhr nach dem Unterricht zuständig. Für die Ganztagsgrundschulen wird pro Grundschulklasse eine pädagogische Fachkraft von der Stadt zur Verfügung gestellt. Dies in „Konkurrenz“ zu den Kitas zu leisten, ist heute schon eine Herausforderung. Sie wird noch viel größer, wenn der Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung ab 2026 umgesetzt werden muss. Ausfallender Unterricht kann jedoch nicht durch Betreuungskräfte aufgefangen werden.

Wir Grüne setzen uns dafür ein, dass weiterhin qualifizierte Fachkräfte für die verlässliche Grundschule und an den Ganztagsgrundschulen eingesetzt werden. Zudem müssen vielfältige Maßnahmen ergriffen werden, um ausreichendes pädagogisches Fachpersonal für Kitas und für die Grundschulen zu gewinnen, u. a. durch eine Ausweitung der PIA und durch den Direkteinstieg mit Qualifizierung.

Auf Landesebene ist Herausforderung des Lehrkräftebedarfs erkannt, stellt sich aber je nach Region und Schulart sehr unterschiedlich dar. Für den Grundschulbereich werden bereits mittelfristig ausreichend Lehrkräfte erwartet.

Grundsätzlich ist das Problem nur mit mehr Personal zu lösen, um beispielsweise auch eine Lehrer*innenreserve vorhalten zu können. Im vergangenen März hat das Land daher ein Sofortprogramm für eine verlässliche Unterrichtsversorgung beschlossen. Neben den längerfristig wirkenden Maßnahmen zur Erweiterung der Personalbasis (mehr Studienplätze, Direkteinstieg, Duales Lehramtsstudium) bestehen verschiedene kurzfristig wirkende Maßnahmen: mehr Handschlaglehrkräfte (bspw. Lehrkräfte im Ruhestand) einstellen oder Referendar*innen stärker einbeziehen.

Kostenloser ÖPNV für Schüler:innen

Fahrten mit der Straßenbahn im Klassenverband während der Schulzeit sollten nach unserer Auffassung unabhängig vom Zweck kostenlos sein. In jüngerer Vergangenheit wurden die Möglichkeiten, pädagogische Ausflüge zu planen, sehr erschwert und oftmals die Straßenbahnfahrt nicht genehmigt. Gerade der Besuch kultureller Veranstaltungen (Theater, Lesung, Bibliothek, ...) sollte unbedingt wieder möglich gemacht werden. Oder würden Sie sogar perspektivisch einen Schritt weiter gehen und die Schulkindbeförderung, im Sinne der Lehrmittelfreiheit, für weiterführende Schulen mit dem ÖPNV grundsätzlich kostenlos machen?

Bei der kostenlosen Schüler*innenbeförderung per ÖPNV besteht aktuell aufgrund der verschiedenen Fördermöglichkeiten und Verfügbarkeit von Zeitkarten im jeweiligen Klassenverband ein unübersichtlicher Flickenteppich, der Lehrkräften die Planbarkeit von Exkursionen im Stadtgebiet erschwert und Potenzial für die Ungleichbehandlung von Schüler*innen zulässt. Eine kostenfreie Beförderung für Klassenverbände im Sinne der Lehrmittelfreiheit ist wünschenswert.

Wir Grüne setzen uns daher dafür ein, alle bestehenden Fördermöglichkeiten bestmöglich auszuschöpfen und deren Bezug deutlich zu vereinfachen, z.B. durch niedrighschwellige, digitale Antragsmöglichkeiten. Schulen sollen zudem selbst besser befähigt werden, bestimmte außerschulische Schulveranstaltungen im Rahmen ihrer eigenen Budgets zu bezuschussen, um so z.B. keine Fahrtkosten von Schüler*innen erheben zu müssen. Nachdem die Schulbudgets zuletzt im Rahmen der Haushaltssicherung gekürzt werden mussten, fordern wir eine

Dynamisierung der Schulbudgets, damit diese künftig bei Kostensteigerungen automatisch miterhöht werden. Um die Bildungschancen von Schüler*innen aus finanziell schwachen Familien zu stärken, möchten wir bestehende finanzielle Unterstützungsangebote wie die Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT) an den Schulen bekannter machen und den Zugang zu diesen Mitteln durch ein vereinfachtes digitales Antragsverfahren erleichtern.

Reinigungskräfte

Nach unserer Erfahrung werden die Schulen durch externe Reinigungsfirmen deutlich schlechter gereinigt. Planen Sie weitere Schulen umzustellen oder gibt es Bestrebungen von Ihrer Seite wieder mehr stadteigene Putzkräfte in den Schulen einzusetzen?

Als Grüne ist es unser erklärtes Ziel, dass alle Unterhaltsreinigungen von städtischen Gebäuden wie Schulen auch von städtischen Mitarbeiter*innen erbracht werden. Gemeinsam mit anderen Fraktionen ist uns in der aktuellen Ratsperiode die Erhöhung des Eigenreinigungsanteils bei der Unterhaltsreinigung auf 50% gelungen. Die Reinigungskräfte, die im Auftrag der Stadt arbeiten, werden so dann wieder nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst bezahlt und haben ein Recht auf Weihnachtsgeld, betriebliche Altersvorsorge und vieles mehr. Wir Grüne sind überzeugt, dass gute Arbeitsbedingungen auch zu einer besseren Arbeitsleistung und somit zu allgemein größerer Zufriedenheit beitragen. Langfristig können wir uns eine Erhöhung des Eigenreinigungsanteils auf 100% vorstellen.

Um darüber hinaus dem Problem der mangelhaften Reinigungsleistungen zu begegnen, haben wir uns erfolgreich für ein flächendeckendes standardisiertes Qualitätsmanagements stark gemacht, bei dem künftig die erbrachten Reinigungsleistungen durch systematische Kontrollen geprüft und nach einem einheitlichen Schema bewertet werden – und zwar völlig unabhängig davon, ob es um Fremd- oder Eigenreinigung geht. Davon profitieren alle Schulen in Karlsruhe. Diese Neuaufstellung der Reinigung und Qualitätskontrolle wollen wir Grüne in enger Zusammenarbeit mit der Verwaltung und allen am Schulleben beteiligten evaluieren und bei Bedarf weitere Schritte zur Verbesserung unternehmen.